



Informationen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantons Solothurn

*Geschäftsstelle: Andreas Gasche · Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband · Hans Huber-Strasse 38 · 4500 Solothurn
Telefon 032 624 4 624 · Mobile 079 629 02 44 · andreas.gasche@kgv-so.ch · www.wirtschaftspolitik-so.ch*

Stellungnahme zu den Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe hat an seiner Vorstandssitzung vom 19. Juni 2023 die wirtschaftsrelevanten Geschäfte¹ für die bevorstehende IV. Kantonsrats-Session vom 27./28. Juni & 5. Juli 2023 beraten. Wir erlauben uns, Sie über die Empfehlungen des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe zu informieren.

04. SGB 133/2023 Neue Regionalpolitik (NRP) (VWD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen.

Begründung: Mit der Neuen Regionalpolitik (NRP) investiert der Bund zusammen mit den Kantonen in innovative Köpfe und Unternehmen, die ländliche Regionen und Berggebiete sowie Grenzregionen als Wirtschafts-, Lebens- und Erholungsräume attraktiv gestalten und nachhaltig weiterentwickeln wollen.

Neu hat der Kanton Solothurn die Thematik Netzwerk «Regionale Innovationssysteme (RIS)» in den RRB aufgenommen. RIS soll gemeinsam mit den Kantonen BE und AG betrieben werden.

Der Vorstand der PG W + G nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass sich der Regierungsrat für eine Aufnahme des Schwarzbubenland in den NRP-Perimeter des Bundes wehrt.

06. A 166/2022 Auftrag fraktionsübergreifend: Unbefriedigende Planung: Auslegeordnung und Szenarien Verkehrsführung Olten/Niederamt/Untergäu (BJD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Auftrag zuzustimmen und ihn nicht abzuschreiben.

Begründung: Im ersten Punkt stimmt der Vorstand der PG W + G der UMBAWIKO zu: Der Vorstoss ist für die Weiterentwicklung der Region Olten sehr wohl relevant. Hingegen ist die Bemerkung, dass die vorhandenen Gremien und Instrumente die Koordination der verkehrlichen Anliegen in der Region sicherstellen leider nur teilweise zutreffend. Im Gegensatz zur Region Solothurn mit einer starken Repla ist die Thematik in Olten nicht so auf eine Organisation konzentriert. Der Vorstand der PG W + G ist deshalb der Auffassung, dass in der Region Olten der Kanton die Koordination übernehmen muss. Die Projekte «Allgäu», «ERO+» und «Niederamt» haben hohen projektübergreifenden Koordinations- und Abstimmungsbedarf.

¹ Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe behandelt in erster Linie Sachgeschäfte, Rechtsetzungsgeschäfte und Aufträge. Der Vorstand nimmt in der Regel keine Stellung zu Interpellationen.

14. A 175/2022 Auftrag Martin Rufer (FDP.Die Liberalen, Lüsslingen): Entlastungs- und Vereinfachungsprogramm für die Raumplanung (BJD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem geänderten Wortlaut der UMBAWIKO zuzustimmen. Dieser Wortlaut wird auch vom Regierungsrat unterstützt.

Begründung: Die von der UMBAWIKO gewählte Formulierung ist konkreter als die der ursprünglichen Version, in der man von relevanten Stakeholdern spricht.

Neu wird konkreter gefordert, dass das Verfahren und die Abläufe im Amt für Raumplanung, der Umgang mit Planern und Bauherren sowie die Schnittstellen zwischen den kommunalen Planungs- und Baubehörden, dem Amt für Raumplanung und den kantonalen Fachstellen zu koordinieren sind. Die kantonale Raumplanungskommission ist dabei laufend einzubinden und dem Kantonsrat ist Bericht zu erstatten. Für den Vorstand ist wichtig, dass die zunehmenden formellen und bürokratischen Anforderungen auf ein pragmatisches Niveau zurückgebracht werden.

19. A 197/2022 Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Photovoltaik-Zubau in kommunalen Schutzzonen deblockieren (BJD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem geänderten Wortlaut der UMBAWIKO zuzustimmen und gleichzeitig dem Wortlaut des Geschäftes 20 A 209/2022 Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Meldepflicht statt Baubewilligungspflicht für Solaranlagen auf Gebäudedächern in der Juraschutzzone (BJD) zuzustimmen.

Begründung: Mit diesen beiden Wortlauten ist ein Zubau in Schutzzonen machbar. Zugleich ist der Regierungsrat auch verpflichtet, einen entsprechenden Leitfaden zuhanden der Gemeindebehörden zu erstellen.

20. A 209/2022 Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Meldepflicht statt Baubewilligungspflicht für Solaranlagen auf Gebäudedächern in der Juraschutzzone (BJD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem geänderten Wortlaut des Regierungsrates zuzustimmen.

Begründung: Der Regierungsrat präzisiert in seinem Wortlaut die Gebiete, unterstützt aber grundsätzlich den Auftrag von Janine Eggs. Eine Zustimmung der Geschäfte 19 und 20 macht Sinn, weil man dann gleichzeitig für alle relevanten Schutzzonen Lösungsvorschläge erarbeiten muss.

21. A 221/2022 Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Erhebung des kantonalen Freiflächenpotentials für Photovoltaikanlagen (BJD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, im Wortlaut des RR zuzustimmen.

Begründung: Der Wortlaut des Regierungsrates ist eine sinnvolle Präzisierung des ursprünglichen Wortlauts.

22. A 224/2022 Auftrag Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Nutzung der Grundwasserschutzzone S1 für Solarstromerzeugung (BJD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Wortlaut der UMBAWIKO zuzustimmen.

Begründung: Die UMBAWIKO dehnt die Nutzung der Grundwasserschutzzone von S1 auf S1 und S2 aus. Das ist grundsätzlich sinnvoll, weil in beiden Zonen starke Nutzungseinschränkungen gelten. Die Zone S2 soll ungeachtet des Typs des Grundwasserleiters sicherstellen, dass das Grundwasser durch Grabungen und unterirdische Arbeiten nahe von Grundwasserfassungen und -anreicherungsanlagen nicht verunreinigt wird. Zudem soll sie verhindern, dass der Zufluss zur Grundwasserfassung durch unterirdische Anlagen behindert wird.

Es ist verboten, in dieser Zone Gülle auszubringen. Die Versickerung von Abwasser sowie das Erstellen von Bauten und Anlagen sind ebenfalls nicht zulässig.

25. A 230/2022 Auftrag Marie-Theres Widmer (Die Mitte, Steinhof): Verhältnismässige Besteuerung von Vereinen mit wirtschaftlicher Zweckverfolgung (FD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem geänderten Wortlaut der FIKO zuzustimmen.

Begründung: Die aktuelle Regelung sorgt für einen unnötigen administrativen Mehraufwand in der Steuerverwaltung. Ein Zurück auf Feld 1, das heisst ein Zurück auf die Situation vor der STAF, ist sinnvoll und wird selbst von Verwaltungsseite begrüsst. Damit fällt eine Solothurner Eigenheit.

32. SGB 070/2023 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2024 – 2027 (FD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem IAFP 2024 – 2027 zuzustimmen.

Begründung: Der Vorstand verweist einmal mehr auf die Abhängigkeit des Kantons Solothurn vom Nationalen Finanzausgleich. Es sollte ein Ziel sein, sich hier von der Spitze der Empfängerkantone ins schweizerische Mittelfeld abzusetzen.

Kritisch nimmt der Vorstand der PG W + G den Investitionsstau zur Kenntnis. Er bittet das Parlament und die Verwaltung, spruchreife Investitionen zu realisieren und nicht weiter nach hinten zu verschieben.

36. SGB 091/2023 Lebensraum Dünnern Oensingen bis Olten – Hochwasserschutz und Aufwertung / Bewilligung eines Verpflichtungskredites für Projektierungsarbeiten (BJD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Sachgeschäft zuzustimmen.

Begründung: Der Regierungsrat hat sich nach grosser Kritik von vielen Seiten bemüht, einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Das Geschäft wurde in der März-Session dieses Jahres besprochen und gutgeheissen. Jetzt gilt es noch, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

38. SGB 102/2023 Projekt "Realisierung und Einführung eBauSO (FD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Sachgeschäft zuzustimmen.

Begründung: Das Geschäft ist ein erster Schritt. Wichtig ist, dass das System ausbaufähig ist und bleibt. Aktuell noch nicht Teil des Systems sind Archivierung sowie die elektronischen Einsprachen und Beschwerdemöglichkeiten.

Im Geschäft wird überall von Vereinfachung für die Verwaltung gesprochen. Die Realisierung der eBauSO muss aber auch für den Kunden eine Vereinfachung bringen. Es wird künftig eine Harmonisierung der Baugesetze brauchen. Und es müssen auch private Kunden ohne Beizug eines Architekten oder Juristen ein Formular ausfüllen können.

Liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche und spannende Session.

Andreas Gasche, Geschäftsführer